



Die Konsequenzen der Sparpolitik in Irland

PAULA CLANCY
Oktober 2012

- Bis 2008 hatte Irland (der Celtic Tiger) 15 Jahre wirtschaftlichen Wachstums erlebt. 2008 kam es jedoch dann zum Zusammenbruch der Wirtschaft, das Land rutschte als erstes Land der Eurozone in die Rezession. Auslöser des Einbruchs war die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, heimische Verursacher überdimensionierte Banken- und Bausektoren.
- 2010 war Irland gezwungen ein Rettungspaket von 67,5 Milliarden Euro durch die Europäische Union und den Internationalen Währungsfond zu akzeptieren. Rigide Sparmaßnahmen mit vielfältigen Auswirkungen folgten dem Rettungspaket. Gleichzeitig kam es zu Neuwahlen und einer Regierungsumbildung. Die derzeitige irische Regierung besteht aus der christdemokratischen Fine Gael-Partei und der kleineren irischen Labour Party.
- 2011 wuchs die irische Wirtschaft mit Hilfe des Exports erstmals wieder minimal um knapp ein Prozent. Prognosen deuten jedoch darauf hin, dass dieses Wachstum 2012 nicht anhalten wird und sich die Erholung der heimischen Nachfrage noch hinziehen wird.
- Die Regierung ist allerdings auf dem Weg, die Schuldenziele des EU/IWF-Abkommens zu erreichen. Irland hat wieder angefangen sich am Markt zu beteiligen und bereitet sich auf seine Rückkehr 2013 vor. Das irische Kreditrating ist seit Juli 2011 stabil und die Renditeaufschläge haben sich bis Mitte April spürbar verringert, so dass man hoffen darf, dass Irland zumindest die Talsohle der Krise überwunden hat.

Politischer und Ökonomischer Kontext

Bis 2008 hatte Irland 15 Jahre wirtschaftlichen Wachstums erlebt. In einigen Jahren war ein Überschuss von über zehn Prozent des BIP erreicht worden. Ab 2002 machten sich dann allerdings einige strukturelle Schwächen in der Wirtschaft bemerkbar. Vor allem die heimische Wirtschaft geriet in eine ausgesprochene Schiefelage; 40 Prozent des BIP wurden in der Bauwirtschaft erwirtschaftet, die in hohem Maße von staatlichen Subventionen für die Erschließung von Grundstückseigentum angetrieben wurde. In einem Teufelskreis hatten sich private Schulden während der Boomphase hochgeschraubt, um die steigenden Wohnungsbaukosten decken zu können. Als die Blase schließlich 2008 platzte, geriet eine große Anzahl von Eigenheimbesitzern in die Unterdeckung, während gleichzeitig die Steuereinnahmen aus der Immobilienwirtschaft einbrachen. Das daraus resultierende, zweistellige Defizit im öffentlichen Haushalt führte zusammen mit dem Bankenzusammenbruch aufgrund der explodierenden Kosten dazu, dass Irland immer mehr vom internationalen Kreditmarkt ausgeschlossen wurde. Die Mitte-Rechts-Regierung der Fianna Fail und ihres Juniorpartners, der Grünen Partei Irlands, war gezwungen ein Rettungspaket von 67,5 Milliarden Euro durch die Europäische Union und den Internationalen Währungsfond zu akzeptieren. Diese Vereinbarung, die im November 2010 geschlossen wurde, war äußerst unbeliebt und läutete das Ende der Regierungskoalition ein.

Im Februar 2011 bildete sich auf der Basis einer Vereinbarung über eine steuerliche und regulierende Reform eine neue Regierung aus der christdemokratischen Fine Gael-Partei und der kleineren irischen Labour Party. Beide Parteien verpflichteten sich das EU/IWF-Abkommen vollständig zu erfüllen, bemühten sich aber einige der Schlüsselemente neu zu verhandeln – vor allem die Forderung, dass der irische Staat die vollen Kosten des Bankenrettungsschirms auffängt. Die Annahme dieses Abkommens zog unausweichlich die Fortsetzung eines harten Sparprogramms nach sich, das 2008 von der scheidenden Regierung eingeleitet worden war.¹

1. The National Recovery Plan, 2011-2014, Government Publications, November 2010.

Aktuelle ökonomische Bedingungen

Seit Beginn 2008 ist Irland in die bis dahin schlimmste Rezession überhaupt gerutscht. Nach vier Jahren Sparpolitik befindet sich die Wirtschaft in einer Rezessionstalsole und Institutionen und Kommentatoren warnen vor dem großen Risiko einer weiteren Verschlimmerung.

Für den Zeitraum von 2008 und 2010 ist ein effektiver Rückgang des BIP um 12,4 Prozent berechnet worden.² Seit 2011 ist mit 1,4 Prozent des BIP wieder ein schwaches Wachstum festzustellen,³ allerdings wird von verschiedenen Seiten prognostiziert, dass dieses Niveau 2012 nicht gehalten werden kann.⁴ Die gesamte Binnennachfrage (die Summe aus privaten Konsumausgaben, Staatsausgaben und Investitionen) ist um 26 Prozent gefallen.⁵

Es gab große Erwartungen an den Auslandsmarkt, der Irland aus der Rezession führen sollte. Die starke Exportleistung und ihr Beitrag zur relativen Stabilisierung des BIP zwischen Anfang 2010 und Mitte 2011 haben die negativen Auswirkungen der Binnennachfrage in dieser Zeit ausgeglichen.⁶ Allerdings weisen vorläufige Zahlen auf einen Rückgang der Exporte im zweiten Quartal 2012 hin,⁷ während gleichzeitig die Sorgen in Bezug auf die europäischen Haushalte und die Weltwirtschaft wachsen.

Steuersituation

Die Regierung erreicht ihr Steuerziel. Trotz vier Jahren Sparpolitik befindet sich das irische Steuerdefizit noch immer auf einem kritischen Niveau. Es wird erwartet, dass es 2012 über acht Prozent des BIP liegt.⁸

2. Department of Finance, The Irish Economy in Perspective, Mai 2012, S. 12, auf: <http://www.finance.gov.ie/documents/publications/reports/2012/irisheconpersmay2012.pdf>

3. Department of Finance (Sept. 2012, monatliches Bulletin), auf: <http://www.finance.gov.ie/viewdoc.asp?DocID=7355&CatID=2&StartDate=01+January+2012>

4. NERI Quarterly Economic Observatory, Herbst 2012, S. 8, auf: http://www.neriinstitute.net/download/pdf/qeo_pdf_final_autumn_2012.pdf

5. NERI Quarterly Observer, Sommer 2012, S. 4, auf: <http://www.neriinstitute.net/research/quarterly-economic-observer-summer-2012/> Der Zeitraum bezieht sich auf das letzte Quartal 2007 (Höchststand) und das letzte Quartal 2011.

6. Ireland – Stability Programme Update, April 2012, S. 8, auf: <http://finance.gov.ie/documents/publications/other/spuapr2012.pdf>

7. NERI Quarterly Economic Observatory, Herbst 2012, auf: http://www.neriinstitute.net/download/pdf/qeo_pdf_final_autumn_2012.pdf

8. Ireland – Stability Programme Update, April 2012, S. 6, auf: <http://finance.gov.ie/documents/publications/other/spuapr2012.pdf>

Irland war vor der gegenwärtigen Krise in einer Position mit niedriger öffentlicher Nettoverschuldung, mit fast 25 Prozent des BIP. Als direkte Folge der Rezession sowie der Entscheidung die volle Verantwortung für die Bankschulden zu übernehmen, hat das Land nun mit 108 Prozent die höchste öffentliche Verschuldung in der Eurozone.⁹ Die Regierung geht davon aus, dass die Schuldenquote 2013 mit 120 Prozent ihren höchsten Punkt erreicht haben werden. Danach wird ein Rückgang erwartet, trotzdem wird die Verschuldung für viele Jahre auf hohem Niveau bleiben.¹⁰ Darüber hinaus besteht eine erhebliche Unsicherheit unter allen Akteuren rund um diese Schuldenschätzungen. Sollte sich die Wirtschaft nicht auf dem Niveau der optimistischsten Prognosen erholen, könnten die Schulden im Verhältnis zum BIP erheblich höher liegen.¹¹

Arbeitslosigkeit

Der Abwärtstrend bei den Beschäftigungszahlen hält auf einer breiten Basis an und es gibt keine Anzeichen für eine Verbesserung, da in den meisten Wirtschaftszweigen Arbeitsplätze reduziert werden.¹² Verschiedene Faktoren, wie der hohe Grad an Emigration und die vorzeitige Pensionierung von öffentlich Bediensteten, haben dafür gesorgt, dass sich die Arbeitslosenquote bei 14,8 Prozent stabilisiert. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen liegt derzeit bei 8,8 Prozent, gegenüber 7,7 Prozent im letzten Jahr.¹³

Lohnentwicklung

Hochrechnungen der Europäischen Kommission weisen aus, dass sich die effektive Situation Irlands in Bezug auf Lohnkosten um rund 22 Prozent gegenüber der Euro-

Region verbessert haben wird (mit 2009 als Ausgangsjahr der Berechnung), dies ist eine Reduzierung, die zum Teil die Senkung der Nominallohne widerspiegelt.¹⁴ Während die Wochenlöhne im privaten Sektor seit 2008 jährlich gesunken sind,¹⁵ haben viele Arbeitgeber andere Maßnahmen zur Reduzierung der Lohnkosten gewählt, wie z. B. die Freisetzung und Reduzierung der vertraglich vereinbarten Arbeitsstunden. Es gibt Anzeichen für die variable Auswirkungen auf die Löhne – gering Verdienende erleben Einschnitte bei ihren wöchentlichen Löhnen, während diese bei Besserverdienenden angestiegen sind.¹⁶ Die Gehälter im öffentlichen Dienst sind bisher im Durchschnitt um 14 Prozent gesunken. Die vollständige Umsetzung der Maßnahmen des Reformprogramms für den Öffentlichen Sektor sieht aber eine Reduzierung der Nettogehälter von über 20 Prozent gegenüber den Gehältern von 2008 vor.¹⁷

Private Verschuldung

Vor allem aufgrund der Hypothekenschulden weisen die irischen Haushalte eine auf das Einkommen bezogene durchschnittliche Verschuldungsquote von 210 Prozent auf. Das entspricht mehr als dem Doppelten des Durchschnitts im Euroraum.¹⁸ Es wird erwartet, dass das Ausmaß des Verschuldungsüberhangs im privaten Sektor den Verbrauch und die Investitionen der heimischen Volkswirtschaft auf absehbare Zeit weiter belasten wird.¹⁹ Die privaten Haushalte haben in den letzten zehn Jahren während des Aufschwungs schnell Schulden angehäuft, denen in der Krise erhebliche Verluste sowohl bei den Einkommen als auch bei den Vermögenswerten folgten.²⁰ Haushalte und Unternehmen sind nunmehr zu Nettosparern geworden, da sie versuchen ihr Schuldenniveau zu verringern.²¹

9. ebda.

10. ebda.

11. Irish Fiscal Advisory Council (September 2012), Fiscal Assessment Report 2012, Kapitel 4, auf: <http://www.fiscalcouncil.ie/fiscal-assessment-report-september-2012/>; IMF Country Report No. 12/264, S. 13, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12264.pdf>; Laura Weymes und Colin Bermingham, »Fiscal Compact – implications for Ireland«, Central Bank, Economic Letters series, Vol. 2012, No. 9, September 2012, auf: <http://www.centralbank.ie/publications/Documents/Economic%20Letter%20-%20Vol%202012,%20No.%209.pdf>

12. CSO Quarterly National Household Survey, September, 2012, auf: http://www.cso.ie/en/media/csoie/releasespublications/documents/latest-headlinefigures/qnhs_q22012.pdf

13. ebda.

14. Department of Finance, The Irish Economy in Perspective, Mai 2012, S. 25, auf: <http://www.finance.gov.ie/documents/publications/reports/2012/irishreconpersmay2012.pdf>

15. ebda.

16. CSO-Daten, entnommen dem Blogbeitrag »Notes on the Front« vom 17.9.2012, auf: <http://notesonthefront.typepad.com/politicaleconomy/2012/09/index.html>

17. Comprehensive Expenditure Report 2012–14, S. 9, auf: <http://www.budget.gov.ie/budgets/2012/Documents/CER%20-%20Estimates%20Final.pdf>

18. Ireland: Selected Issues, IMF Country Report No. 12/265, 2012, S. 4, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12265.pdf>

19. ebda.

20. Ireland: Selected Issues, IMF Country Report No. 12/265, 2012, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12265.pdf>

21. ebda.

Der Druck auf die Kredite ist die andere Seite der Geschichte. Nach einer verlängerten Aufschwung, vor allem im Immobiliensektor und bei den Aktivitäten des Finanzsektors, sind Bankkredite beständig gefallen,²² was sich hauptsächlich im Immobiliensektor und bei den Hypotheken für den Hauskauf bemerkbar machte. Das Hypothekenangebot wurde außerdem durch Altlasten eingeschränkt, wie z. B. der wachsenden Zahl von Rückständen bei Hypotheken und Geschäftskrediten und den hohen Kosten für die Bankenfinanzierung.²³

Mängel im System der Sozialversicherung

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat einen hohen Druck auf das staatliche Sozialversicherungssystem (Social Insurance Fund, SIF) ausgeübt. Die direkten Zahlungen an Arbeitssuchende lagen 2011 dreimal so hoch wie 2006.²⁴ Nach einigen Jahren des Überschusses, verzeichnete die SIF 2011 eine Deckungslücke von 1,5 Milliarden Euro. Es wird erwartet, dass diese in den nächsten Jahren noch ansteigt.²⁵ Die SIF zahlt einige Renten und Sozialleistungen. Am größten ist der Anteil der Beiträge zu der staatlichen Rentenversicherung, die für knapp ein Drittel der Rentenzahlungen aufkommt. Die Beiträge der Angestellten und Selbstständigen sind im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen angestiegen, während die Beiträge der Arbeitgeber unter bestimmten Bedingungen gesenkt wurden.

Der nationale Pensionsfond (National Pensions Reserve Fund, NPRF) wurde im April 2001 eingerichtet, um prognostizierte Ausfälle bei der Finanzierung der Sozialleistungen und bei den staatlichen Renten ab 2025 auszugleichen. Dieser Topf enthielt Ende 2009 22,3 Milliarden Euro, wurde aber seitdem teilweise verwendet, um die Kosten der Bankensanierung zu decken. Ende 2011 war der Betrag auf 13,4 Milliarden Euro geschrumpft.²⁶

22. Ireland: Selected Issues, IMF Country Report No. 12/265, 2012, S. 7, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12265.pdf>

23. ebda.

24. Comprehensive Expenditure Report 2012-14, S. 6, auf: <http://www.budget.gov.ie/budgets/2012/Documents/CER%20-%20Estimates%20Final.pdf>

25. KPMG, »Actuarial Review of the Social Insurance Fund at 31 December, 2010«, Juni 2012, auf: <http://www.welfare.ie/EN/Policy/Corporate-Publications/Finance/Documents/2010ActuarialReview.pdf>

26. NPRF Jahresberichte 2008-2011, auf: <http://www.nprf.ie/Publications/annualReports.htm>

Kommunalverwaltung

Irland verfügt über eines der am stärksten zentral kontrollierten Systeme der Kommunalverwaltung. Die von der nationalen Regierung gesetzlich festgelegten Verbindlichkeiten werden immer umfassender und immer stärker reguliert, so dass für die lokalen Entscheidungsträger nur ein geringer Ermessensspielraum – von weniger als zehn Prozent – in Bezug auf die Finanzen übrig bleibt.²⁷ Durchschnittlich die Hälfte der kommunalen Finanzen stammt aus der Staatskasse, während Tarife, Gebühren und Infrastrukturabgaben den Rest ausmachen. Schon vor der Wirtschaftskrise waren den Kommunen unterfinanziert.²⁸ Seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 berichten die Gemeinden über Gesamteinsparungen von 830 Millionen Euro,²⁹ mit weiteren mit jährlichen Kürzungen um acht Prozent (2010), sieben Prozent (2011) und erneuten sieben Prozent 2012.³⁰

Sparmaßnahmen

Während des Wahlkampfs 2011 existierten zwischen den beiden Regierungsparteien erhebliche Unterschiede darüber, wie das Sparprogramm umgesetzt werden sollte. Die Fine Gael befürwortete an erster Stelle Einsparungen bei den Ausgaben, während Labour sich für ein Gleichgewicht zwischen Steuererhöhungen und Ausgabekürzungen aussprach. Mit der Bildung der neuen Regierungskoalition wurde auch ein gemeinsames Programm mit einer Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen, mit dem bis 2015 eine Staatsverschuldung von drei Prozent des BIP erreicht werden soll. Dabei wurde ein Verhältnis von Ausgabenkürzungen zu Steuererhöhungen von 2:1 vereinbart. Der Einstiegssatz für die Sozialversicherung (Labour) sollte nicht verändert werden, ebenso wenig wie Steuersätze und -stufen der Einkommenssteuer (Fine Gael).³¹

27. Hughes et al., 2007, Power to the People, TASC, Kapitel 13.

28. Commission on Taxation (2009), Future Financing of Local Government, Dublin, Government Publications, auf: <http://www.commissionon-taxation.ie/downloads/Part%2011.pdf>

29. Local Government Efficiency Review Implementation Group Report, März 2012, auf: <http://www.enviro.ie/en/Publications/Documents/FileDownload,30779,en.pdf>

30. ebda. p. 8.

31. Programme for Government, 2011, auf: <http://per.gov.ie/wp-content/uploads/ProgrammeForGovernmentFinal.pdf>

Steuerpolitik

Aktuell wird die Steuerpolitik Irlands von dem Abkommen mit EU und IWF bestimmt.³² Die Forderungen zur Konsolidierung sind streng. Zwei Drittel der Finanzanpassung muss durch Ausgabenkürzungen erreicht werden und das verbleibende Drittel auf der Einnahmenseite durch die Erweiterung der Bemessungsgrundlage für die Einkommenssteuer, durch höhere Steuern auf Kapital und Ersparnisse und eine Erhöhung der indirekten Steuern. Es wird erwartet, dass diese Aufteilung auch für die nächsten drei Haushalte gelten wird, voraussichtlich begleitet von weiteren tiefen Einschnitten bei den Sozialleistungen sowie den Gesundheits- und Bildungshaushalte, die rund 80 Prozent der Staatsausgaben ausmachen.³³ Die Analyse des Haushalts von 2012 zeigt, dass das Steueraufkommen für den Zeitraum von 2011 bis 2015 bei 35 Prozent des BIP stabil bleiben wird, während die Ausgabenkürzungen voraussichtlich das Gesamtniveau der öffentlichen Ausgaben von 44,9 Prozent des BIP (2011) bis 2015 auf 37,5 Prozent senken werden.³⁴

Arbeitsmarktpolitik

2010 wurde zwischen der Regierung und dem Public Services Committee of the Irish Congress of Trade Unions (ICTU) und weiteren Verbänden, die die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes repräsentieren, eine Vierjahresvereinbarung (Croke Park Agreement) ausgehandelt. Sie schreibt die Rahmenbedingungen für die deutliche Verringerung der Beschäftigtenzahlen (fast zehn Prozent des Höchststandes 2008) und Gehälter im öffentlichen Sektor (14 Prozent) fest.³⁵ Die Zahl der Angestellten lag 2008 mit 320 000 Angestellten am höchsten und soll bis 2015 um 37 500 auf 282 500 verringert werden.³⁶

Vor dem Regierungswechsel wurde der Mindestlohn um zwölf Prozent gesenkt. Die aktuelle Regierung hat

32. EU/IMF Programme of Financial Support for Ireland, 16.12.2010, auf: <http://www.finance.gov.ie/documents/publications/reports/2011/euimf-revised.pdf>

33. Ireland – Stability Programme Update, April 2012, auf: <http://finance.gov.ie/documents/publications/other/spuapr2012.pdf>

34. TASC, Roadmap to Inequality – Response to Budget 2012, S. 9, auf: http://www.tascnet.ie/upload/file/Roadmap%20to%20Greater%20Inequality_final.pdf

35. Ireland: Selected Issues, IMF Country Report No. 12/265, 2012, S. 31, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12265.pdf>

36. Public Service Reform Plan, November 2011, auf: <http://per.gov.ie/wp-content/uploads/Public-Service-Reform-pdf.pdf>

dies wieder rückgängig gemacht, aber dafür zwei andere Regelungen verändert, um die Gehälter von mehr als einer halben Million Arbeiter auf Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen (etwa 23 Prozent der Beschäftigten) zu regulieren, die sich negativ auf die Einkommen ausgewirkt hatten.³⁷

2011 hat die Regierung die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Geringverdiener, vorübergehend bis 2013, gesenkt und außerdem die Umsatzsteuer für Tourismusleistungen (wie von Hotels und Restaurants) gesenkt. Beide Maßnahmen sollten die Beschäftigung in Berufen mit geringen Qualifikationsanforderungen ankurbeln.³⁸

Sozialleistungen

Die Sozialleistungen sind der größte Posten bei den Staatsausgaben (2011 deckten sie 40 Prozent der Ausgaben ab).³⁹ Seit 2008 wurden die Sozialleistungen (mit Ausnahme der Renten) um acht Prozent gesenkt, während gleichzeitig eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitslosenunterstützung entstand.⁴⁰ Um diese Nettokürzung bei den Ausgaben zu erreichen, wurden zahlreiche öffentliche Leistungen und Sozialhilfezahlungen gekürzt, während der Grad der sozialen Grundsicherung bei der Arbeitslosenversicherung und den Renten unangetastet blieben. Die Berechtigungskriterien und Bedarfsprüfungen wurden für eine Reihe der Sozialhilfezahlungen (auch für Renten) verschärft, wodurch es erheblich schwieriger wurde, die Leistungen zu beziehen und/oder ihr Wert schrumpfte.⁴¹

Öffentliche Investitionen und Verkauf von staatlichen Vermögenswerten

Obwohl die Regierungspolitik anstrebt, die Haushaltskonsolidierung mit einem Programm öffentlicher Investitionen zur Stimulierung der Volkswirtschaft vor-

37. The Industrial Relations (Amendment) Act, Juli 2012.

38. Ireland: Selected Issues, IMF Country Report No. 12/265, 2012, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12265.pdf>

39. Comprehensive Expenditure Report 2012-14, S. 5, auf: <http://www.budget.gov.ie/budgets/2012/Documents/CER%20-%20Estimates%20Final.pdf>

40. Ireland: Selected Issues, IMF Country Report No. 12/265, 2012, S. 31, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12265.pdf>

41. ebda., S. 51-52.

anzutreiben, ist die Verpflichtung zum Schuldenabbau vorrangig. Demzufolge gab es einen jährlichen Abfall der Kapitalinvestitionen von dem Spitzenbetrag von über neun Milliarden Euro (2008) auf 5,25 Milliarden Euro (2010). Weitere Kürzungen in Höhe von insgesamt fünf Milliarden Euro sind für 2013 und 2014 angekündigt.⁴² Ein neues Paket öffentlicher Investitionen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2012 bis 2016 wird vor allem durch Private Public Partnership-Vereinbarungen getragen. Auch einige der Erlöse aus dem Verkauf von staatlichen Vermögenswerten sollen dafür genutzt werden.⁴³ Im Februar 2012 wurde der Verkauf von staatlichen Vermögenswerten im Wert von bis zu drei Milliarden Euro angekündigt.⁴⁴ Die potenzielle Gesamtrendite wird auf fünf Milliarden Euro geschätzt (das entspricht weniger als 2,5 Prozent der geschätzten Staatsverschuldung für 2015).⁴⁵

Begründungen für das Sparprogramm

Da der einzige Zugang Irlands zur ausreichenden Finanzierung seiner aktuellen Verbindlichkeiten durch das Abkommen mit EU und IWF gewährleistet ist, wird das Sparprogramm von der Regierung als einzig existierende Alternative dargestellt. Darüber hinaus argumentiert sie, dass Irland dem Markt Sicherheit geben und seinen Verpflichtungen nachkommen muss – als Teil seiner Strategie, Anleiherendite zu reduzieren, um den Wiedereintritt in den Markt 2013 vorzubereiten.

Allerdings ist es auch die Position der Regierung, dass sowohl die Form und der Grad des Schuldenabbaus als auch die Strukturreformen, die zusammen mit anderen Regierungsinitiativen im EU/IWF-Programm ausgeführt werden, mit einer Rückkehr zu wirtschaftlichem Wachstum vereinbar ist, wenn auch in einem langsameren

Tempo als vorher angenommen.⁴⁶ Die Erzählung von einer schrittweisen, durch den Export herbeigeführten Erholung bleibt die gleiche, nur die Wachstumsprognosen für 2014-15 haben sich ein wenig verändert.⁴⁷

In ihrem aktuellsten Berichten über die Situation in Irland, haben sowohl EU als auch IWF bestätigt, dass die Krise zu einer Verschlechterung der Armutsindikatoren und einer Vergrößerung der Ungleichheiten geführt hat und dass weitere Konsolidierungen immer schwieriger zu erreichen sein werden, ohne dass sie sich spürbar auf den öffentlichen Sektor auswirken. Sie schreiben aber auch, dass es möglich sei, ein Konsolidierungsprogramm aufzustellen, das die Schwachen und Bedürftigen schützt und gleichzeitig nachteilige Auswirkungen auf Anreize für Beschäftigung und Investitionen vermeidet.⁴⁸

Das aktuelle Sparprogramm wird von beiden Koalitionspartnern ohne Einschränkung mitgetragen, einschließlich des 2:1 Verhältnisses von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen. Es ist auch offensichtlich, dass die Teilnahme der Labour Party, die die Schlüsselministerien Soziale Sicherheit, Öffentliche Ausgaben, Bildung sowie die Staatsminister für Gesundheit und Bildung stellt, einen positiven Einfluss auf die Gestaltung der Sparmaßnahmen, wenn nicht sogar auf das Gesamtpaket, hatte. Politischer Pragmatismus lässt sich auch in der Ablehnung des IWF-Vorschlags erkennen, die für den nächsten Haushalt geplante Grundsteuer doppelt so hoch anzusetzen als vorgesehen.⁴⁹

Auswirkungen der Sparpolitik bis heute

Nach vier Jahren Sparen erscheint eine weitere wirtschaftliche Stagnation durch die zusätzlichen strengen Einsparungen, die für die nächsten drei Haushalte geplant sind, unabwendbar. Während es 2011 schwache

42. Infrastructure and Capital Investment 2012–16: Medium-Term Exchequer Framework, auf: <http://per.gov.ie/wp-content/uploads/Infrastructure-and-Capital-Investment-2012-2016.pdf>; Comprehensive Expenditure Report 2012-14, S. 4-6, auf: <http://www.budget.gov.ie/budgets/2012/Documents/CER%20-%20Estimates%20Final.pdf>

43. European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Economic Adjustment Programme for Ireland, Sommer 2012 Review, S. 25, auf: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2012/pdf/ocp115_en.pdf

44. RTE breaking news, 23.2.2012, auf: http://www.rte.ie/news/2012/0222/state_assets.htm

45. TASC, 2012, »The Strategic role of State Assets – Reframing the Privatisation Debate«, auf: http://www.tascnet.ie/upload/file/State%20Assets_final_upload_160212.pdf

46. Ireland – Stability Programme Update, April 2012, Kapitel 2, auf: <http://finance.gov.ie/documents/publications/other/spuapr2012.pdf>

47. ebda. S. 11-13.

48. Ireland: Selected Issues, IMF Country Report No. 12/265, 2012, S. 51-52, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12265.pdf>; European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Economic Adjustment Programme for Ireland, Sommer 2012 Review, auf: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2012/pdf/ocp115_en.pdf

49. Irish Times, 11.9.2012, »Noonan rejects IMF's proposed property tax of 0.5% house value«.

Anzeichen eines Wachstums gab,⁵⁰ deuten einige Prognosen darauf hin, dass dieses 2012 nicht anhalten wird,⁵¹ und dass eine mittelfristige Rückkehr zum Wachstum erheblich gefährdet ist. Mit Blick auf die Schwere der Bankenkrise, die hohen privaten Schulden und den bestehenden Schuldenabbau, gehen selbst optimistische Prognosen davon aus, dass sich die Erholung der heimischen Nachfrage noch hinziehen wird.⁵²

Die Regierung ist auf dem Weg, die Schuldenziele des EU/IWF-Abkommens zu erreichen. Irland hat wieder angefangen sich am Markt zu beteiligen und bereitet sich auf seine Rückkehr 2013 vor. Das irische Kreditrating ist seit Juli 2011 stabil und die Renditeaufschläge haben sich bis Mitte April spürbar verringert. Sie liegen inzwischen unterhalb des Niveaus von Ende 2010, als das EU/IWF-Programm verhandelt wurde. Dies kann zumindest teilweise auf die Aussicht auf eine Entspannung bei einem deutlichen Anteil der öffentlichen Schulden aufgrund des Bankenrettungsschirms zurückgeführt werden.⁵³

Kapitalbewegungen

Nach einer Periode mit starkem Wachstum zwischen 2003 und 2006 nahmen seit Anfang 2007 die Zuflüsse von Guthaben im privaten Sektor, also den im Land ansässigen und nicht ansässigen Iren, rapide ab. Der Mittelabfluss stieg kontinuierlich, der jährliche Rückgang der Guthaben von in Irland ansässigen Privatpersonen erreichte Ende 2011 elf Prozent, während die Guthaben der Auslandsiren sogar noch deutlicher schrumpften. Die jährliche Quote des Rückgangs hat sich in den letzten Monaten etwas erholt.⁵⁴

50. Department of Finance, September 2012, monatliches Bulletin, auf: <http://www.finance.gov.ie/viewdoc.asp?DocID=7355&CatID=2&StartDate=01+January+2012>; Ireland – Stability Programme Update, April 2012, S. 6, auf: <http://finance.gov.ie/documents/publications/other/spuapr2012.pdf>

51. NERI, Quarterly Economic Observatory, Herbst, 2012, S. 8, auf: http://www.neri.institute.net/download/pdf/qeo_pdf_final_autumn_2012.pdf

52. Ireland: Selected Issues, IMF Country Report No. 12/265, 2012, S. 60, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12265.pdf>

53. Ireland – Stability Programme Update, April 2012, S. 29, auf: <http://finance.gov.ie/documents/publications/other/spuapr2012.pdf>

54. Central Bank, Zugriff am 26. September 2012, http://www.centralbank.ie/polstats/stats/summarychart/Documents/ie_financial_statistics_summary_chart_pack.pdf

Arbeitslosigkeit und Gehälter

Nachdem die Beschäftigung 2007 ihren Höchststand erreicht hatte, haben in Folge des starken Rückgangs der heimischen Nachfrage und ökonomischen Aktivitäten 357 000 Menschen ihre Arbeit verloren. Die Langzeitarbeitslosigkeit macht das erste Mal seit Ende der 1990er Jahre wieder fast 60 Prozent der Gesamtarbeitslosigkeit aus⁵⁵ und entwickelt sich typischerweise in eine strukturelle Arbeitslosigkeit. Betroffen sind hier vor allem irische Arbeiter mit niedrigem Ausbildungsgrad, deren Arbeitslosenquote besonders hoch ist.⁵⁶ Doch selbst wenn es eine Erholung des Arbeitsmarkts geben sollte, ist es unwahrscheinlich, dass die Beschäftigungsraten das gleiche, hohe Niveau früherer Jahre erreichen wird: arbeitsintensive Sektoren wie die Bauwirtschaft werden nicht zu alter Stärke zurückkehren und irische Exporte sind eher kapital- denn beschäftigungsintensiv.⁵⁷

Armut und Ungleichheit

Während der Jahre des Aufschwungs wurde erheblich in eine Reihe von Schlüsselmaßnahmen zur sozialen Sicherung investiert, wie z. B. Kindergeld und Renten. Entsprechend ist die soziale Grundsicherung zu einem Schlüsselfaktor zur Verminderung der Armut in Irland geworden – ohne sie wäre fast die Hälfte der irischen Bevölkerung vom Armutsrisiko betroffen. Allerdings zeigen die aktuellsten EU-SILC-Daten, dass die Armut in Irland wieder deutlich angestiegen ist, vor allen Dingen bei Haushalten mit Kindern.⁵⁸ Die Quote für das Armutsrisiko ist von 14,1 Prozent (2009) auf 15,8 Prozent (2010) angestiegen, bei Haushalten mit Kindern lag sie sogar bei 18,7 Prozent.⁵⁹ Auch die Einkommensungleichheit wuchs 2010, wobei die Einkommen im Bereich der oberen 20 Prozent einen Anstieg beim Anteil des verfügbaren Nettoeinkommens in der oberen

55. CSO Quarterly National Household Survey, September 2012, auf: http://www.cso.ie/en/media/csoie/releasespublications/documents/latest-headlinefigures/qnhs_q22012.pdf

56. Ireland: Selected Issues, IMF Country Report No. 12/265, 2012, S. 60-62, auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12265.pdf>

57. ebda.

58. CSO, Survey on Income and Living Conditions, Preliminary result for 2010, November 2011, auf: http://www.cso.ie/en/media/csoie/releasespublications/documents/silc/2010/prelimsilc_2010.pdf

59. CSO Survey on Income and Living Conditions Thematic Report on Children, 2004-2010, auf: <http://www.cso.ie/en/media/csoie/releasespublications/documents/silc/2010/children0410.pdf>

Quintile im Vergleich zur unteren Quintile verzeichneten.⁶⁰

Obwohl die Steuer/Sozialpolitik der Regierung zur Folge hatte, dass in den Haushalten 2010 und 2011 die anteiligen Verluste für die unteren 20 Prozent etwa einem Drittel der Verluste der oberen 20 Prozent entsprach,⁶¹ berücksichtigen diese Veränderungen nicht die Auswirkungen der Erhöhung der indirekten Steuern und der Einsparungen bei den öffentlichen Leistungen, die die sozial Schwachen überdurchschnittlich betroffen haben. Da fortgesetzte Gehaltskürzungen, Arbeitsverluste und weiterhin hohe individuelle Schulden ihren Tribut fordern, wird sich eine steigende Anzahl von Menschen mit finanziellen Problemen konfrontiert sehen. Eine aktuelle Studie zeigt, dass 45 Prozent der Bevölkerung nach Bezahlen der Rechnungen und der Lebenshaltungskosten am Ende des Monats weniger als 100 Euro zur Verfügung haben.⁶² Dieses Ergebnis wird auch durch andere Studien bestätigt.⁶³

Gesundheit

Am Ende der Aufschwungjahre lagen die jährlichen Gesundheitsausgaben der Regierung im Großen und Ganzen auf dem geläufigen internationalen Niveau. Allerdings kämpft das irische Gesundheitssystem nach langen Phasen der Kürzungen und Unterfinanzierungen während der 1990er Jahre nach wie vor mit nicht ausreichenden Finanzmitteln und schlechter Ausstattung für viele grundlegende Leistungen.⁶⁴ Der Haushalt 2010 brachte eine Kürzung im Gesundheitsbudget von fünf Prozent, und der Haushalt 2011 kürzte die Ausgaben noch einmal um 6,6 Prozent, wodurch 2011 746 Millionen Euro weniger in den Gesundheitssektor flossen als 2010. 2012 wurden weitere 464 Millionen Euro gestrichen und für 2013 und 2014 wurden Kürzungen

60. NERI, Quarterly Economic Observatory, Autumn, 2012, S. 8, auf: http://www.neriinstitute.net/download/pdf/qeo_pdf_final_autumn_2012.pdf

61. Brian Nolan, Irish Times, 26.9.2011.

62. Irish League of Credit Unions, Second »What's Left« Tracker 2012, auf: <http://www.creditunion.ie/communications/pressreleases/2012/title,6905,en.php>;

63. M. Collins et al. (2012), »A Minimum Income Standard for Ireland«, Studies in Public Policy No. 27, Dublin, Policy Institute, Trinity College Dublin.

64. TASC (2011), »A Matter of Life and Death«, auf: <http://www.tascnet.ie/upload/file/HealthWeb.pdf>

in gleicher Höhe angekündigt.⁶⁵ Bürger mit niedrigem Einkommen, deren Gesundheitsfolgen durch ihre ökonomische Situation sowieso schon beeinträchtigt sind, werden durch Kürzungen im Gesundheitssystem überdurchschnittlich benachteiligt, da sie sich seltener eine private Gesundheitsversicherung leisten können und in höherem Maße von der öffentlichen Gesundheitsversorgung und Pflege abhängig sind.

Bildung

Im Großen und Ganzen liegen die Ausgaben für Bildung mit knapp über sechs Prozent des BIP auf dem Niveau des OECD-Durchschnitts. Gehälter und Renten sind für 71 Prozent der Ausgaben verantwortlich.⁶⁶ Zwar betrifft der größte Anteil der Einsparungen diesen Bereich, doch betreffen die Kürzungen im Bildungsbereich im Haushalt 2012 auch Lehrerstellen, Ausstattung und die finanzielle Unterstützung von Studenten. Wie bei der sozialen Absicherung und im Gesundheitssektor sind von diesen Kürzungen vor allem die ärmeren Gruppen der Gesellschaft betroffen.

Treibende Kräfte hinter der »Reform« und der Sparpolitik

Mit dem EU/IWF-Abkommen im Hintergrund plädieren die wichtigsten Berater der Regierung dafür anders als im Regierungsprogramm vorgesehen, größere Teile der Konsolidierung vorzuziehen. Ganz aktuell hat die von der Regierung eingesetzte Steuerkommission zusätzliche Anpassungen des Regierungsplans in Höhe eines Gesamtbetrags von 1,9 Milliarden Euro für den Zeitraum bis 2015 vorgeschlagen, weil die Gefahr der Schulden-tragfähigkeit zurzeit die bestehende Schwäche in der Realwirtschaft aufhebt.⁶⁷ Das Economic and Social Research Institute, ein von der Regierung unterstützter Think Tank, fordert in seinem aktuellen Vierteljahreskommentar zur Wirtschaft die weitere Kürzung der öffentlichen Ausgaben, vor allem zusätzliche Kürzungen

65. Comprehensive Expenditure Report 2012-14, S. 28, auf: <http://www.budget.gov.ie/budgets/2012/Documents/CER%20-%20Estimates%20Final.pdf>

66. Education at a Glance, OECD, 2012.

67. Irish Fiscal Advisory Council, September 2012, Fiscal Assessment Report 2012, Kapitel 4, auf: <http://www.fiscalcouncil.ie/fiscal-assessment-report-september-2012/>

der Gehälter im öffentlichen Dienst sowie bei Gesundheit, Bildung und den Sozialleistungen.⁶⁸

Andere nationale Interessengruppen, wie der wichtigste Arbeitgeberverband Irish Business and Employer Confederation (IBEC), wünschen sich weitere Reformen im öffentlichen Sektor und zusätzliche Deregulierungen bei der Beschäftigung. Sie argumentieren, dass beides notwendig ist, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Gleichzeitig wehren sie sich gegen die Erhöhung der Sozialabgaben für die Beschäftigten.⁶⁹

Abgesehen von wenigen Ausnahmen bezeichnen die meisten Wirtschafts- und Politikkommentare in den Medien das Sparprogramm als unerlässlich, entweder als Teil der Realpolitik aufgrund der Abhängigkeit Irlands von dem EU/IWF-Abkommen oder weil der Ansatz der Haushaltskonsolidierung durch Kürzung im öffentlichen Sektor und bei den Sozialleistungen ihrem marktliberalen Ansatz entspricht.

Politische Konsequenzen

Der historische Zusammenbruch der irischen Wirtschaft führte dazu, dass die Fianna Fail Partei bei den Parlamentswahlen Ende Februar 2011, an der sich fast 70 Prozent der Bevölkerung beteiligten, eine herbe Niederlage erlitt. Das erste Mal in der irischen Geschichte erreichte die christdemokratische, Mitte-Rechts-Partei Fine Gael mit 46 Sitzen im Parlament die Mehrheit. Auch ihr Koalitionspartner, die Labour Party, errang mit 22 Prozent der Stimmen eine historisch hohe Anzahl an Sitzen. Insgesamt haben Parteien vom linken Flügel ihre Position im Parlament deutlich verbessert.

Seit der Parlamentswahl zeigen Umfragedaten, dass sich die Unterstützung für die Regierung auf einem niedrigeren Niveau hält, während die Unterstützung für die unabhängigen und kleineren Parteien auf dem gleichen Niveau geblieben ist. Mit der bemerkenswerten Ausnahme Sinn Fein, die ihre Unterstützung quasi verdoppeln konnte. Mit 18 Prozent liegt Sinn Fein auf

dem gleichen Niveau wie Fianna Fail und noch vor der Labour Party.⁷⁰

Während aktuelle Umfragen zeigen,⁷¹ dass eine hohe Unzufriedenheit mit der Regierung besteht und das Vertrauen der Verbraucher und die Erwartungen an die Wirtschaft sehr schwach sind, sind weder die Stabilität der derzeitigen Regierung noch die Aussichten auf ihre Wiederwahl gefährdet.⁷² Die Verabschiedung des Stabilitätspakts im Mai dieses Jahres wurde sogar als populäre, wenn auch resignierte, Unterstützung für die Regierungspläne interpretiert.

Dennoch, Veränderungen der Wahlkreise in Verbindung mit Umfragetrends, die zeigen, dass Dreiviertel der Unterstützer von Labour glauben, dass die Regierung ihre Steuerversprechen zurückgenommen hat, und von denen kaum die Hälfte der Regierung zutraut, die öffentlichen Finanzen in den Griff zu bekommen, deuten darauf hin, dass die Stärke der Partei und damit ihr Einfluss in einer zukünftigen Regierung wahrscheinlich geringer ausfallen wird, als sie derzeit beansprucht.

Aktuelle Umfrageergebnisse verdeutlichen die ideologischen Spannungen zwischen den Unterstützern der Regierungskoalition. Die Anhänger von Labour befürworten Steuererhöhungen vor weiteren Einsparungen im öffentlichen Sektor, während die Anhänger von Fine Gael dagegen lieber Ausgabenkürzungen als höhere Steuern sehen. Wenn man davon ausgeht, dass die Anhänger von Fianna Fail in ihrer Haltung in Bezug auf das Verhältnis von Steuererhöhungen/Einsparungen eher auf der Linie der Fine Gael-Anhänger liegen und die Anhänger von Sinn Fein ganz klar in das Lager für Steuererhöhungen/gegen Ausgabenkürzungen gehören, wird deutlich, dass das Land bei den kritischen ideologischen Fragen recht gleichmäßig geteilt ist.⁷³

Die Croke Park Vereinbarung war der Schlüssel für den fortgesetzten Arbeitsfrieden im öffentlichen Dienst. Im Gegenzug zu ausgehandelten Stellenkürzungen und der Einfrierung der Gehaltskürzungen haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf Arbeitsmaßnahmen verzichtet und ihre Mitarbeit bei den weit-

68. Siehe: http://www.esri.ie/news_events/latest_press_releases/quarterly_economic_commentary_17/index.xml

69. National Competitiveness Council, National Competitiveness Scorecard 2012, http://www.competitiveness.ie/media/NCC19072012-Irelands_Competitiveness_Scorecard_2012-Publication.pdf; <http://www.ibec.ie/IBEC/Press/PressPublicationsdoclib3.nsf/vPages/Newsroom~budget-2013-any-increase-in-labour-costs-will-hit-recover>

70. Sunday Business Post, 23.9.2012, N8.

71. ebda.

72. ebda.

73. ebda.

reichenden Reformen im öffentlichen Sektor zugesagt, die Effizienz und Flexibilität erhöhen sowie Kosten und Arbeitsplätze einsparen sollen. Es gibt allerdings eine anhaltende Kritik an der Vereinbarung in vielen Teilen der irischen Gesellschaft, die lieber eine Verkleinerung des öffentlichen Sektors sähen und schärfere Bedingungen für die dort Beschäftigten.

Hinterbänkler der Koalitionspartner äußern sich verstärkt entsprechend der ideologischen Trennlinien. Die Fraktionsführer von Fine Gael fordern schnellere und einschneidendere Kürzungen und Reformen im öffentlichen Sektor; sie befürworten auch zielgerichtetere Sozialleistungen und strengere Regeln für die Auszahlung von Arbeitslosengeld. Hinterbänkler der Labour Party haben kürzlich eine alternative Strategie zum Regierungsprogramm präsentiert, in dem sie den Schutz der öffentlichen Leistungen und ein stärkeres öffentlich finanziertes Wachstumsprogramm fordern.

Weil die Regierung im Prinzip ein Sparprogramm umsetzt, dass dem Plan der Fianna Fail sehr ähnlich ist, ist diese in ihrer Kritik der Regierungspolitik auf Themen der Verwaltung und Kompetenz beschränkt und kaum glaubwürdig in der Lage eine substantiell andere Politik zu fordern. Auf der anderen Seite haben Sinn Fein und die United Left Alliance, zusammen mit einigen Unabhängigen, das Regierungsprogramm beständig kritisiert, ausgehend von ihrem eigenen Wachstumsprogramm, das auf der Grundlage von »Pro Steuererhöhungen« und »Contra Ausgabenkürzungen« erstellt wurde.

Über die fehlende Tragfähigkeit der irischen Schulden, zusammen mit dem noch ernsteren Problem der Höhe des strukturellen Defizits, wird nicht gestritten. Über ideologische und akademische Grenzen hinaus gibt es eine breite Akzeptanz dafür, dass die Schließung der Lücken notwendig ist. Äußerst umstritten sind allerdings das richtige Verhältnis zwischen Ausgabenkürzungen und Steuermaßnahmen, ihre genau Ausgestaltung und der Grad und die Geschwindigkeit ihrer Umsetzung. Zivilgesellschaftliche Organisationen, progressive Think Tanks und einzelne Akademiker, Analytiker und Blogs bestehen mit Nachdruck darauf, dass ein zu strenger Sparkurs kontraproduktiv wirkt, insbesondere wenn er zu lange andauert und in eine deflationären Schuldenfalle führt. Haushaltskürzungen würden dann eine Rezession verursachen und zum Anstieg der Schuldenquote führen, was wiederum weitere Kürzungen nötig

machen würde. Diese Gruppen haben sich beständig gegen Ausgabekürzungen bei der sozialen Grundversicherung und bei den Gehältern im öffentlichen Dienst ausgesprochen – aus Gründen der Gerechtigkeit und volkswirtschaftlicher Überlegungen.

Gemeinsam ist allen die nachhaltige Forderung nach zielgerichteten, vorgezogenen und rechtzeitigen Investitionsanreizen, die auf der Basis eines Mixes von öffentlichen und privaten Anleihen und der Fonds der Europäischen Investitionsbank geschaffen werden sollen. Zu den gemeinsamen Elementen gehören außerdem stark reduzierte bzw. keine weiteren Kürzungen beim allgemeinen Anteil des nach Ermessen bestimmten Kapitals und der aktuellen Ausgaben sowie die schärfere Anwendung von steuerlichen Maßnahmen, wie der Abschaffung bestehender Steuererleichterungen oder -abschreibungen, der Erhöhung des durchschnittlichen Zielsteuersatzes für die besserverdienenden Haushalte und die Einführung einer Vermögenssteuer, einschließlich einer Steuer auf Grundeigentum.



Über die Autorin

Paula Clancy ist Gründungsdirektorin des 2001 gegründeten progressiven Think Tank TASC. Sie arbeitet nun als unabhängige Expertin und Publizistin zu unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen in Irland.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa / Nordamerika | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>

E-Mail: ID-INFO-WENA@fes.de

FES London (www.feslondon.org.uk)

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in London ist seit 1988 Teil des internationalen Netzwerks der FES und zuständig für das Vereinigte Königreich (England, Schottland, Wales, Nordirland) sowie Irland.

Die Stiftungsarbeit zielt auf den politischen Dialog zwischen politischen und gesellschaftlichen EntscheidungsträgerInnen, MultiplikatorInnen und Fachleuten aus Großbritannien, Deutschland und Europa ab. Austausch und Vernetzung sollen partnerschaftliche Zusammenarbeit, gegenseitige Verständigung und das Verständnis untereinander stärken.

In Zusammenarbeit mit ihren Partnern leistet das FES-Büro einen Beitrag zur Intensivierung des Dialogs zu Politikfeldern gemeinsamen Interesses wie den aktuellen wirtschafts-, finanz- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen, aber auch zu Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik sowie Sicherheits- und Integrationspolitik.

Die FES initiiert ferner Debatten um europapolitische und internationale Fragestellungen. Die – oft zusammen mit weiteren Stiftungsbüros in Europa organisierten – Dialogforen behandeln länderübergreifende Themen, wie die Gestaltung einer europäischen Außenpolitik, sowie die Abstimmung gemeinsamer Positionen und Aktionen zu internationalen Herausforderungen, wie dem globalen Klimawandel oder internationalem Terrorismus.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-335-1